

**Staatsprüfung für den  
mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst  
März / April 2018**

**Prüfungsfach: Rechts- und Verwaltungskunde - Aufgabe 2**

Zeit: 1 Stunde  
Hilfsmittel: keine  
Anlagen: keine  
Seitenzahl: 3

---

**Aufgabe 2.1**

Beim Nachbarrecht wird zwischen dem öffentlichen Recht (Baurechtliche Bestimmungen) und dem bürgerlichen Recht (Privatrecht, Zivilrecht) unterschieden.

Nennen Sie die wichtigsten Rechtsquellen jeweils zum vorstehend genannten öffentlichen und bürgerlichen Recht.

**Aufgabe 2.2**

Das Wasserrecht wird in Bundes- und Landesgesetzen geregelt.

Nennen Sie die jeweils entsprechenden Gesetze dazu.

**Aufgabe 2.3**

Was regelt das Straßenrecht?

### **Aufgabe 2.4**

Nennen Sie fünf wesentliche Inhalte der ÖbVI-Berufsordnung.

### **Aufgabe 2.5**

2.5.1 Wann wurde das erste Vermessungsgesetz für Baden-Württemberg (VermG) erlassen?

2.5.2 Nennen Sie aus dem aktuellen Vermessungsgesetz die Abschnitte und deren Überbegriffe.

2.5.3 Die oberste Vermessungsbehörde wird auf Grund des Vermessungsgesetzes ermächtigt Rechtsverordnungen und die zur Durchführung des VermG erforderlichen Verwaltungsvorschriften für den Bereich des amtlichen Vermessungswesens zu erlassen.

Nennen Sie die erlassenen gültigen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

2.5.4 Im Vermessungsgesetz ist das Betretungsrecht geregelt.

Welche Befugnisse haben dadurch, die mit der Durchführung der Vermessungsaufgaben betrauten Personen?

2.5.5 Nach dem Vermessungsgesetz gibt es Pflichten der Gemeinden sowie der Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten.

Nennen Sie jeweils deren Pflichten.

### **Aufgabe 2.6**

Das Geodätische Festpunktfeld besteht aus dem Festpunktfeld der Landesvermessung und dem Lagefestpunktfeld des Liegenschaftskatasters.

2.6.1 Nennen Sie die länderspezifische Festpunkte und das bundesweit einheitliche Festpunktfeld, welche das Festpunktfeld der Landesvermessung bilden.

2.6.2 Welche Lagefestpunkte gehören zum Lagefestpunktfeld des Liegenschaftskatasters?

### **Aufgabe 2.7**

2.7.1 Nennen Sie die rechtlichen Grundlagen (Gesetze und Rechtsverordnung) für die Gebührenerhebung.

2.7.2 Definieren Sie den Begriff „Gebühren“ in einfacher Art.

2.7.3 Erläutern Sie den Begriff „Gebührenschildner“.

### **Aufgabe 2.8**

2.8.1 Nennen Sie die wesentliche Rechtsgrundlage für das heutige Grundbuchsystem.

2.8.2 Erklären Sie die Begriffe „Realfolium“ und „Personalfolium“.

2.8.3 Erklären Sie die Begriffe „Flurstück“ und „Grundstück“.